

Neues Industriegebiet soll Zusammenarbeit stärken

Gemeinderäte aus Biberach, Warthausen, Maselheim und Schemmerhofen sagen Ja zum „IGI Rißtal“



Streben eine neue Qualität der interkommunalen Zusammenarbeit an: die Bürgermeister (v. l.) Wolfgang Jautz (Warthausen), Norbert Zeidler (OB von Biberach), Elmar Braun Maselheim und Mario Glaser. (Foto: Gerd Mägerle)

Biberach / sz Mit einer überwältigenden Mehrheit haben die vier Gemeinderäte aus Biberach, Warthausen, Maselheim und Schemmerhofen am Donnerstagabend Ja zu einem interkommunalen Industriegebiet im Rißtal (IGI Rißtal) gesagt. Die gemeinsame Sitzung vor rund 120 Zuschauern in der Warthausener Turn- und Festhalle diente zwar offiziell nur dazu, den Willen zur Gründung eines Zweckverbands zu bekunden, der künftig die Planungen vorantreiben soll, wurde aber von allen Seiten als Zeichen des Aufbruchs für eine neue Form der interkommunalen Zusammenarbeit bewertet.

Nach rund 80 Minuten war alles gesagt und abgestimmt. So mancher Zuschauer hatte vermutlich mit einer weitaus hitzigeren Debatte gerechnet. Aber die Gemeinderäte hatten das Thema in ihren Kommunen bereits vorberaten. Und schließlich war ein interkommunales Gewerbegebiet bereits 2008 auf der Agenda und die Argumente dafür und dagegen somit zum Großteil bereits bekannt.

Der Biberacher Baubürgermeister Christian Kuhlmann erläuterte zu Beginn die Verfahrensschritte bis zu einer möglichen Erschließung von Industrieflächen im nördlichen Rißtal. Ins Rollen gebracht hatte den Prozess der Flächenbedarf der Biberacher Firma Handtmann. Aktuell gehen die beteiligten Kommunen insgesamt von einem Flächenbedarf von bis zu 60 Hektar aus. Das lässt sich vermutlich nur im nördlichen Rißtal realisieren. Weil der Regionalverband aber eigentlich keine Zersiedlung von Industrieflächen will, muss zunächst geprüft werden, ob der Flächenbedarf im Anschluss an ein besiedeltes Gebiet gedeckt werden kann. „Ist das nicht möglich, können wir ein Verfahren in Gang setzen, um von diesem Ziel abzuweichen“, sagte Kuhlmann.

Baubeginn 2017 – „im Idealfall“

Den entsprechenden Antrag werde der neu zu gründende Zweckverband beim Wirtschaftsministerium stellen. „Wir wollen klar signalisieren, dass es hier nicht um die Weiterentwicklung einer Kommune, sondern der ganzen Raumschaft geht“, so Kuhlmann. Erst wenn das Zielabweichungsverfahren positiv entschieden ist, kann in der weiteren Folge ein Bebauungsplan aufgestellt werden, „im Idealfall 2016“, so Kuhlmann. Dann könnten 2017 – auch im Idealfall – die Erschließungsarbeiten beginnen. Leicht werde das alles aber nicht, warnte der Baubürgermeister: „Es warten sehr hohe Auflagen und Anforderungen auf uns.“ Das Regierungspräsidium habe aber signalisiert, dass die Aussicht besteht, dass das Industriegebiet im Rißtal mangels anderer Alternativen genehmigt wird.

Die drei Bürgermeister Wolfgang Jautz (Warthausen), Mario Glaser (Schemmerhofen), Elmar Braun (Maselheim) und Oberbürgermeister Norbert Zeidler (Biberach) sprachen sich für das interkommunale Gewerbegebiet aus. Die Argumente waren jeweils dieselben: Alle Kommunen leben von den florierenden Firmen, die Gewerbesteuer zahlen, Arbeitsplätze und Wohlstand sichern. Man müsse heimischen Großunternehmen die Möglichkeit bieten, am Standort zu wachsen. Dies alles solle auf Augenhöhe zwischen den Kommunen geschehen. Mehrfach war die Rede vom Beginn einer neuen interkommunalen Zusammenarbeit.

„Wir müssen diese Chance jetzt nutzen“, meinte Jautz. Hier gehe es darum, den Firmen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, die die Region seit Jahrzehnten prägen, sagte Mario Glaser. Das neue Industriegebiet solle in breiter, offener Diskussion mit den Bürgern entwickelt und die Eingriffe in die Natur minimiert werden. Für Schemmerhofen brauche es ein Verkehrskonzept, denn eine zusätzliche Verkehrsbelastung werde sein Gemeinderat nicht akzeptieren, so Glaser. Für die Landwirtschaft bedeute das Industriegebiet eine doppelte Belastung: Sie müsse Flächen für die Gewerbeansiedlung abgeben und weitere Grundstücke für das Schaffen von ökologischen Ausgleichsflächen.

„Für die nächsten 20 Jahre“

„Ich kann mir eine Bebauung des Rißtals nur schwer vorstellen. Das gefällt mir zuerst einmal nicht“, sagte Elmar Braun. „Aber können wir uns dem Flächenbedarf der örtlichen Firmen verschließen?“ Wenn man das Thema aber in aller Offenheit und Ehrlichkeit diskutiere, sei er davon überzeugt, dass die Bürger es mittragen. Es gelte jetzt die Weichen zu stellen, sagte Norbert Zeidler, „nicht für die nächsten paar Jahre, sondern für die nächsten 20.“ Den Unternehmen Räume und Wege zu schaffen, sei die Kernkompetenz der Kommunen. Das werde in diesem Fall nicht einfach, „aber mir ist wichtig, das in sehr intensiver Abstimmung mit der Bürgerschaft zu tun“.

Das sagt Handtmann

Die Unternehmensgruppe Handtmann hat mit ihrem Flächenbedarf die Planungen für das IGI Rißtal wieder ins Rollen gebracht. Das Unternehmen begründet dies in einer Pressemitteilung: „Die Handtmann Gruppe geht derzeit von einem zusätzlichen Platzbedarf von zehn bis 15 Hektar für neue Produktionsstätten aus, gesehen auf die nächsten zehn Jahre. Weil wir unseren Firmensitz in Biberach haben und der Stadt eng verbunden sind, würden wir einen Standort für diese neuen Fabrikhallen in der Nähe von Biberach bevorzugen. Das interkommunale Gewerbegebiet wäre für uns eine gute Möglichkeit. Sollten sich in der Nähe von Biberach keine geeigneten Flächen finden, wären wir gezwungen, uns nach einem anderen Standort für die mögliche Firmenerweiterung umzusehen.“

Das sagen die Gemeinderäte

Für Franz Schuy, CDU-Gemeinderat, gibt es zum IGI Rißtal keine Alternative: „Wir in Wartenhausen sind uns einig, dass wir das wollen, denn wir möchten in der Region auch weiterhin so gut leben und dazu brauchen wir Arbeitsplätze und Kaufkraft.“ Die Gegner des Vorhabens bitte er zu bedenken, wie sie reagieren würden, wenn ihr Arbeitgeber erweitern wolle und ihr Arbeitsplatz mangels Gewerbeflächen an einen anderen Ort verlagert werden würde.

Bauern fürchten Flächenverluste

Gemeinderat Christoph Glaser aus Schemmerhofen ist kein glühender Befürworter des Projekts, „es ist aber auch nicht mein Ziel, es zu verhindern“. Allerdings müsse der Flächenverbrauch dafür so gering wie möglich sein.

Kritische Stimmen gibt es aus Maselheim: David Weber blutet als Biolandwirt das Herz, „wenn diese große Fläche einfach zugepflastert wird“. Man müsse nicht immer zu allem Ja sagen. Sein Ratskollege Wolfgang Dürrenberger befürwortet das Industriegebiet zwar grundsätzlich, glaubt aber nicht, dass es dort einen Bahnanschluss geben wird. „Glaubt ihr wirklich, die Deutsche Bahn kriegt das hin, wenn sie in Biberach nicht mal die Aufzüge am Bahnhof zum Laufen bringt?“, so seine süffisante Frage. Noch keine Antworten gibt es auf seine Fragen, welche Emissionen das Industriegebiet verursacht und wie viel Geld es in Maselheim in den nächsten Jahren binden wird. Zustimmung vom IGI Rißtal kommt von Paul Grimm. Es dürfe sich nur nicht nachteilig auf den Flächenbedarf kleinerer Betriebe auswirken.

„Wir haben die große Verantwortung, die Weichen für die Zukunft unserer Unternehmen zu stellen“, stellt sich Friedrich Kolesch von der Biberacher CDU-Fraktion klar auf die Seite der Befürworter des Industriegebiets. „Die Betriebe sollen wachsen können, ohne dass wir leichtfertig mit dem Rißtal umgehen.“ Es werde zwar ein riesiger Spagat zwischen Erhalt der Natur und Erhalt der Wirtschaft, meint SPD-Rat Franz Lemli, „aber wir sind klar für das Industriegebiet, damit die Arbeitsplätze hierbleiben“.

Viele Fragen noch offen

Marlene Goeth (Freie Wähler) bezeichnet das IGI Rißtal als „wichtigen Schritt“, auch wenn noch viele Hürden zu überwinden und Details zu klären sind. „Dazu gehört zum Beispiel, nach welchem Schlüssel die dort anfallende Gewerbesteuer unter den beteiligten Kommunen verteilt wird.“ Für Josef Weber (Grüne) ist das ganze Projekt eine „unwiederbringliche Flächenvernichtungsaktion mit dem Totschlag-Argument Arbeitsplätze“. Ein Argument, das sowohl für Christoph Funk (FDP), aber auch Ralph Heidenreich (Linke) zählt. Letzterer fordert ein gutes ÖPNV-Konzept und den Bau von zu vielen Parkplätzen im Industriegebiet zu vermeiden.